



HAGEN

Stadt der FernUniversität
Der Oberbürgermeister

Seite 1

Drucksachennummer:

0199/2024

Datum:

19.02.2024

ANFRAGE GEM. § 5 GESCHÄFTSORDNUNG

Absender:

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Anfrage der SPD-Fraktion

hier: Positionierung gegen Rechtsextremismus Umsetzung der Beschlüsse des Rates vom 11.7.2019

Beratungsfolge:

21.03.2024 Haupt- und Finanzausschuss

Anfragetext:

- Welchen Bearbeitungsstand hat der Zehn-Punkte-Aktionsplan zur Bekämpfung von Rassismus in Hagen aktuell?
- Wie sieht das Konzept konkreter gemeindlicher Maßnahmen gegen Rassismus aus und wie erfolgt die Finanzierung?
- Wie und mit welchen Maßnahmen will die Verwaltung den Protest der Menschen dieser Stadt gegen Rechtsextremismus unterstützen?
- Welche weiteren Maßnahmen werden seitens des Oberbürgermeisters für erforderlich gehalten?

Kurzfassung

keine

**HAGEN**Stadt der FernUniversität
Der Oberbürgermeister**Seite 2****Drucksachennummer:**

0199/2024

Datum:

19.02.2024

Begründung

In der Ratssitzung am 11.7.2019 hat der Rat mehrheitlich den Beitritt der Stadt Hagen zur „Städtekoalition gegen Rassismus“ der UNESCO beschlossen. Zusätzlich wurde die Verwaltung einstimmig beauftragt, ein Konzept vorzustellen, um konkrete gemeindliche Maßnahmen gegen Rassismus mit einem jährlichen Fonds in Höhe von 1.000 € durchzuführen. In der Ratssitzung am 16.12.2021 legte die Verwaltung einen entsprechenden Zwischenbericht vor.

Angesichts des steigenden Rechtsextremismus in der Gesellschaft und der Politik bittet die SPD-Ratsfraktion um Beantwortung der vorgelegten Fragen.

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)



sind nicht betroffen

Kurzerläuterung:

Auswirkungen auf den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung

(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)



keine Auswirkungen (o)

Kurzerläuterung und ggf. Optimierungsmöglichkeiten:

(Optimierungsmöglichkeiten nur bei negativen Auswirkungen)



An den Vorsitzenden
des Haupt- und Finanzausschusses
Herrn Oberbürgermeister
Erik O. Schulz

Hagen 19. Feb. 2024

im Hause

**Positionierung gegen Rechtsextremismus
Umsetzung der Beschlüsse des Rates vom 11.7.2019**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten um Beantwortung der og. Anfrage für die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses gem. § 5 Abs. 1 GeschO am 21. März 2024:

- Welchen Bearbeitungsstand hat der Zehn-Punkte-Aktionsplan zur Bekämpfung von Rassismus in Hagen aktuell?
- Wie sieht das Konzept konkreter gemeindlicher Maßnahmen gegen Rassismus aus und wie erfolgt die Finanzierung?
- Wie und mit welchen Maßnahmen will die Verwaltung den Protest der Menschen dieser Stadt gegen Rechtsextremismus unterstützen?
- Welche weiteren Maßnahmen werden seitens des Oberbürgermeisters für erforderlich gehalten?

Begründung:

In der Ratssitzung am 11.7.2019 hat der Rat mehrheitlich den Beitritt der Stadt Hagen zur „Städtekoalition gegen Rassismus“ der UNESCO beschlossen. Zusätzlich wurde die Verwaltung einstimmig beauftragt, ein Konzept vorzustellen, um konkrete gemeindliche Maßnahmen gegen Rassismus mit einem jährlichen Fonds in Höhe von 1.000 € durchzuführen. In der Ratssitzung am 16.12.2021 legte die Verwaltung einen entsprechenden Zwischenbericht vor.

Angesichts des steigenden Rechtsextremismus in der Gesellschaft und der Politik bittet die SPD-Ratsfraktion um Beantwortung der vorgelegten Fragen.

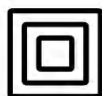
Mit freundlichen Grüßen



Werner König

SPD-Ratsfraktion





HAGEN

Stadt der FernUniversität
Der Oberbürgermeister

Deckblatt

Seite 1

Datum:

05.03.2024

ÖFFENTLICHE STELLUNGNAHME

Amt/Fachbereich und ggf. beteiligte Ämter/Fachbereiche:

56 Integration, Zuwanderung und Wohnraumsicherung

01 Fachbereich des Oberbürgermeisters

Betreff:

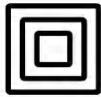
Drucksachennummer:

Anfrage der SPD Fraktion gem. § 5 Abs. 1 GeschO

Positionierung gegen Rechtsextremismus, Umsetzung der Beschlüsse des Rates vom 11.7.2019

Beratungsfolge:

Haupt- und Finanzausschusses am 21. März 2024



Zur o. g. Anfrage nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

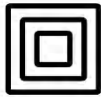
1. Welchen Bearbeitungsstand hat der Zehn-Punkte-Aktionsplan zur Bekämpfung von Rassismus in Hagen aktuell?

Es wurden bisher verschiedene Maßnahmen entwickelt und umgesetzt. Die Umsetzung des **10-Punkte-Aktionsplans** läuft nach Plan. Die Geschäftsstelle der ECCAR (Europäische Koalition der Städte gegen Rassismus) arbeitet aktuell an einer Richtlinie für die Überarbeitung des 10-Punkte-Aktionsplanes. Mit der Veröffentlichung der Richtlinie wird der Hagener 10-Punkte-Plan ggfs. entsprechend überarbeitet und angepasst.

2. Wie sieht das Konzept konkreter gemeindlicher Maßnahmen gegen Rassismus aus und wie erfolgt die Finanzierung? Wie und mit welchen Maßnahmen will die Verwaltung den Protest der Menschen dieser Stadt gegen Rechtsextremismus unterstützen?

Im Folgenden werden einzelne Maßnahmen/Punkte aus dem Aktionsplan und aus der Arbeit der Verwaltung exemplarisch vorgestellt. Die Finanzierung erfolgt überwiegend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie Leben!“ und aus dem Budget des Kommunalen Integrationszentrums.

- a) **Das Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“**, aus welchem die Maßnahmen zum größten Teil finanziert werden, läuft noch bis Ende 2024 (Förderung aktuell 125.000 € p. a.). Details zur weiteren Förderung nach 2025 sind noch nicht bekannt. Sofern möglich wird eine Fortführung des Programmes aus Bundesmitteln beantragt.
- b) Der Begleitausschuss (BGA) als ständiges Steuerungsgremium für Projekte und strukturelle Veränderungen zu Toleranz und Vielfalt – besteht bereits seit vielen Jahren. Dem BGA gehören Vertreter*innen unterschiedlicher Initiativen und Institutionen in der Stadt an wie Integrationsrat, Jugendhilfeausschuss, Schulen, Wohlfahrtsverbände, Jugendring, Migrantenselbstorganisationen etc. Seit 2020 ist auch die jüdische Gemeinde im BGA vertreten. Der BGA begleitet die Fachstelle bei der konzeptionellen Arbeit und entscheidet über die Umsetzung der Projekte.
Im Rahmen der Teilnahme am o.g. Bundesprogramm werden regelmäßig Ziele formuliert, Indikatoren beschrieben, Maßnahmen gefördert und die Zielerreichung überprüft.
- c) **Partnerschaft für Demokratie 2022-2023, Förderung der Projekte**
Dank des Engagements von neun Projektträgern konnten 2022 insgesamt 16 verschiedene Projekte im Rahmen des „Aktions- und Initiativfonds“ (Fördervolumen: 50.000 € p. a.) erfolgreich umgesetzt werden. Es gelang zahlreiche Zielgruppen in die Aktivitäten der „Partnerschaft für Demokratie“ einzubeziehen und eine Vielzahl von Themen und Formaten für Demokratie und Toleranz umzusetzen. So wurden insgesamt 46.911 € der insgesamt zur Verfügung stehenden 50.000€ verausgabt. Insbesondere junge Menschen und Kinder bildeten die oder eine der Hauptzielgruppen. Viele der geförderten Akteur*innen banden in ihrer Arbeit Menschen aus benachteiligten und diskriminierten Gruppen ein, bzw. stammen selbst aus Einwandererfamilien. Einige Projekte wurden zudem explizit ins Leben gerufen, um den interkulturellen Dialog in Hagen zu fördern und eine Kultur der Vielfalt zu unterstützen. Andere Projekte setzten sich intensiv mit dem Thema Rassismus



auseinander. Durch gezielte Maßnahmen und Aufklärungsarbeit wurden Bewusstsein geschaffen und Dialoge angeregt, um demokratiefeindlichen Tendenzen entgegenzuwirken. Im November fand zudem eine Gedenkwoche anlässlich der Reichspogromnacht statt, wobei demokratiefeindliche Tendenzen wiederholt thematisiert wurden, um ein tieferes Verständnis für die historischen Ereignisse zu schaffen und die Sensibilisierung für gegenwärtige Herausforderungen zu stärken.

2023 wurden insgesamt elf Einzelprojekte von neun Projektträgern umgesetzt. Nach aktuellem Stand wurden 48.366,12 € verausgabt. Die Abrechnung läuft noch bis 03/2024.

d) **Fachtag „Farbe bekennen“**

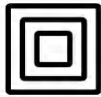
Darüber hinaus wurde sowohl 2022 als auch 2023 der Fachtag „Farbe bekennen“ veranstaltet. Während der Fachtag 2022 als Online-Format zum Thema „Queere Jugendarbeit in der Praxis“ für pädagogische Fachkräfte angeboten wurde, stand 2023 eine junge Zielgruppe im Mittelpunkt. Die Jugendlichen konnten aus unterschiedlichen Workshops auswählen, die sich mit Themen wie Mobbing und Rassismus beschäftigten. Zudem wurde ein professionelles Stimm- und Sprechtraining angeboten.

e) Auch das **„Vielfalt tut gut“-Festival**, das seit mehreren Jahren im Rahmen von „Demokratie leben!“ in Kooperation von AllerWeltHaus Hagen, Diakonie Mark-Ruhr, Jugendring Hagen und dem Kommunalen Integrationszentrum veranstaltet wird, konnte 2022 und 2023 wieder umgesetzt werden. Trotz des zweifachen Ausfalls in den Vorjahren, wurde das Festival in beiden Förderjahren sehr gut angenommen: Die Stimmung auf dem Festival war an beiden Tagen friedlich und ausgelassen, die Besucherstruktur sehr heterogen und durch die Teilnahme einer Vielzahl an Migrantenselbstorganisationen wurden viele interkulturelle Begegnungen ermöglicht. Auch das abwechslungsreiche Bühnenprogramm kam sehr gut bei den Besucher*innen des Festivals an. Eine umfangreiche kulinarische Meile bot leckere und frisch zubereitete Gerichte aus aller Welt.

f) Es besteht eine **Zusammenarbeit mit der FernUniversität Hagen** (Fachbereich Community Psychology). 2023 wurde das im Jahr 2022 Corona bedingt verschobene Projekt zur Situation Zugewanderter aus Südosteuropa nachgeholt. Dabei wurden die Handlungsempfehlungen zur besseren Integration der Zielgruppen ermittelt. Die Ergebnisse werden nun in der Folge für die Abstimmung von weiteren Aktivitäten genutzt. Die Zusammenarbeit mit der FernUniversität soll auch künftig ausgeweitet werden, gestaltet sich jedoch bereits jetzt sehr positiv.

g) **Folgende Veranstaltungen finden regelmäßig statt:**

- Interkulturelle Woche (im September) mit verschiedenen interkulturellen Veranstaltungen (Fortbildungen, Filmvorführungen, Lesungen, Workshops (WS)) und dem „Kultur-Mosaik“ am Tag des Flüchtlings zum Abschluss, organisiert durch verschiedene öffentliche und freie Träger
- jährliche Gedenkveranstaltungen organisiert von der Stadt, kirchlichen Gruppen und lokalen Vereinen (Gewerkschaft, Jugendring) anlässlich des rassistischen Terrors der Nationalsozialisten (z.B. am 9.11. und im März)
- Aktionswoche(n) zum Internationalen Tag gegen Rassismus im März mit vielfältigem Programm (Lesungen, WS, Führungen, Vorträge und Schulungen für Fachpublikum)



und Öffentlichkeit), organisiert durch das Kommunale Integrationszentrum gemeinsam mit verschiedenen NRO unter dem Motto:

- 2022 „Haltung zeigen!“
- 2023 #MischDichEin
- 2024 # Menschenrechte für alle

h) Des Weiteren wurden umgesetzt:

- Aktion „Gedenken an den Anschlag in Hanau“, koordiniert durch das Kommunale Integrationszentrum in 2022
- Regelmäßige fortlaufende Angebote für Mitarbeitende der Stadtverwaltung, Fachkräfte und Bürger*innen z. B. in Sachen „Migrationsgesellschaftliche Öffnung“ der Strukturen
- Regionalkoordination des Netzwerkes SoR/SmC (aktuell 20 Schulen). In dem Zusammenhang regelmäßige Angebote für Schüler*innen und Lehrkräfte
- 2023 Beitritt in die Städtekooperation „Integration.Interkommunal“
- 2024 gemeinsamer Beitritt der Stadt Hagen und der FernUniversität Hagen zur „Charta der Vielfalt“

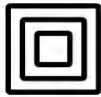
3. Welche weiteren Maßnahmen werden seitens des Oberbürgermeisters für erforderlich gehalten?

Vorab: Grundsätzlich verfolgt der Oberbürgermeister eine "Null-Toleranz-Strategie" gegen jegliche Art rassistischen Verhaltens innerhalb der Stadtverwaltung. Das bedeutet, dass jedem Verdachtsmoment unverzüglich nachgegangen wird.

Rassistisches Verhalten hat vielfältige Ursachen und äußert sich auch vielschichtig. Maßnahmen in unserer Stadtgesellschaft sollten diesen Aspekt immer berücksichtigen. Sich eindeutig gegen rechtsextremistische Aktivitäten zu positionieren, kann nie die Aufgabe nur einer einzelnen Person sein - auch nicht die eines Oberbürgermeisters alleine. Gefordert sind hier alle demokratischen Kräfte unserer Stadt.

Ungeachtet dessen ist es dem Oberbürgermeister wichtig, Konzepte zu entwickeln, die rassistische Tendenzen bereits im Vorfeld bekämpfen. Zur Stärkung der Demokratie in unserer Stadt hat er gemeinsam mit zahlreichen Partnerinnen und Partnern aus Politik und Verwaltung, aber darüber hinaus auch mit zahlreichen anderen Hagener Institutionen und Organisationen eine Reihe von kurz- und mittelfristigen Aktivitäten entwickelt bzw. entwickeln lassen. Einen wichtigen Baustein stellen hier Maßnahmen zur Stärkung der Gedenk- und Erinnerungskultur dar, denn diese fördern direkt das demokratische Verständnis und dienen daher einer Sensibilisierung gegen rassistische Übergriffe sowohl im realen als auch im virtuellen Leben. Im Folgenden sollen die wichtigsten Ansätze kurz skizziert werden.

- Auf Initiative des Oberbürgermeisters wurde insbesondere vor dem Hintergrund einer offensiveren Bildungs- und Informationspolitik eine Arbeitsgemeinschaft "Gedenk- und Erinnerungskultur" gegründet, der mehr als 40 Vertreter*innen von Hagener Religionsgemeinschaften, weiterführender Schulen, Kunst- und Kultureinrichtungen, Gewerkschaften, Geschichtsvereinen sowie unterschiedlicher Fachbereiche der

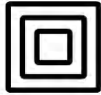


Verwaltung angehören. Diese mehrmals jährlich tagende AG beschäftigt sich unter der organisatorischen Leitung durch den Fachbereich des Oberbürgermeisters vorrangig mit der Planung neuer Veranstaltungsformate, einer Bündelung und gemeinsamen öffentlichen Präsentation der bestehenden Angebote sowie der Gewinnung von öffentlichen Zuschüssen und Fördermaßnahmen. Gerade bezogen auf die Bedeutung von Bildungsangeboten zur Stärkung unserer Demokratie ist ein Schwerpunkt in diesem Jahr die Planung einer völlig neuen Gedenkveranstaltung zum 9. November insbesondere für und mit jungen Menschen.

- Auf Anregung des Fachbereichs für Integration, Zuwanderung und Wohnraumsicherung hat der Oberbürgermeister neben den bereits etablierten Gedenkveranstaltungen zum 27. Januar und zum 9. November eine dritte Gedenkveranstaltung zum weltweiten jüdischen Gedenktag für die Opfer der Shoa insbesondere zur Abwehr antisemitischer Tendenzen entwickeln lassen, welche im April stattfindet.
- Der Oberbürgermeister hat sich bereit erklärt, die Moderation und organisatorische Leitung der Wiederaufnahme eines interkulturellen und interreligiösen Dialogs zu übernehmen. Erste konkrete inhaltliche Überlegungen wurden bereits entwickelt. Es ist angestrebt, noch in diesem Jahr zu einem ersten Treffen einzuladen.
- Rassismus äußert sich häufig als Ablehnung aller Menschen und Handlungen, die aus Sicht der Täter*innen von antiquierten Denkweisen abweichen. Gerade vor diesem Hintergrund hat der Oberbürgermeister die Präsentation der Kombi-Ausstellung "Come out, Hagen! - Come out, Essen!" des Hagener Geschichtsvereins im Hagener Rathaus befürwortet und eröffnet diese gemeinsam mit Vertreter*innen unterschiedlicher Einrichtungen am 7. März.
- Am 24. April findet um 18:00 Uhr der traditionelle Arbeitnehmer*innenempfang der Stadt Hagen im Rathaus statt. In Absprache mit dem DGB Hagen hat der Oberbürgermeister die Veranstaltung in diesem Jahr unter das Thema "Demokratie stärken. Jetzt!" gesetzt. Die Redebeiträge und das anschließende Podiumsgespräch werden sich konkret mit Möglichkeiten, wie dies in einer Stadt wie Hagen funktionieren kann, auseinandersetzen.
- Ungeachtet der Haushaltszwänge der Stadtverwaltung sollen alle bereits existierenden Formate zur Stärkung des demokratischen Verständnisses in Hagen aufrechterhalten werden. Dazu zählen neben den o.g. Bausteinen beispielsweise die Fortsetzung der Stadt(teil)rundgänge zum Thema "Hagen im Nationalsozialismus", die Verlegung neuer Stolpersteine unter Beteiligung Hagener Schüler*innen, die Organisation themenbezogener Ausstellungen im Rathaus und anderen städtischen Gebäuden, Buchvorstellungen im Rathaus sowie die Beteiligung der Stadt Hagen an der Gedenkveranstaltung an Karfreitag in der Dortmunder Bittermark.

gez.
Erik O. Schulz, der Oberbürgermeister

gez.
Martina Soddemann, Beigeordnete



HAGEN

Stadt der FernUniversität
Der Oberbürgermeister

**TEXT DER
STELLUNGNAHME**

Seite 6

Datum:
05.03.2024

Verfügung / Unterschriften

Veröffentlichung

☒ Ja

☐ Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister

Gesehen:

Stadtkämmerer

Stadtsyndikus

Beigeordnete/r
Die Betriebsleitung
Gegenzeichnen:

Amt/Fachbereich:

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Fachbereich:

Anzahl:
